

950 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des  
Bundesrates

B e r i c h t  
des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 30. Mai 1973  
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Wählerevidenzgesetz  
1970 und die Nationalrats-Wahlordnung 1971 geändert werden

Der vorliegende Gesetzesbeschluß des Nationalrates hat vor allem zum Ziel, Gemeinden, die über EDV-Anlagen verfügen, die Möglichkeit zu geben, an Stelle der bisher für die Wählerevidenz vorgeschriebenen Form der Kartei eine modernere Form der Evidenthaltung einzusetzen. Ferner sollen künftighin Angaben über Familienstand und Beruf in der Wählerevidenz nicht mehr aufscheinen. Schließlich wird vorgeschlagen, an Stelle des Wortes "Zuname" den im Familien- und Personenstandsrecht verwendeten Ausdruck "Familiennamen" zu setzen.

Der Ausschuß für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung am 5. Juni 1973 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Ausschuß für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 30. Mai 1973 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Wählerevidenzgesetz 1970 und die Nationalrats-Wahlordnung 1971 geändert werden, wird kein Einspruch erhoben.

Wien, am 5. Juni 1973

W i n d s t e i g  
Berichterstatter

Dr. F r u h s t o r f e r  
Obmann